

Wo geht's hier zum Wachstum?

Lange sei es Österreich gelungen, von außen kommende positive Impulse für sich zu nutzen. Wirtschaftsforscher Andreas Wörgötter meint, das sei jetzt aber vorbei.

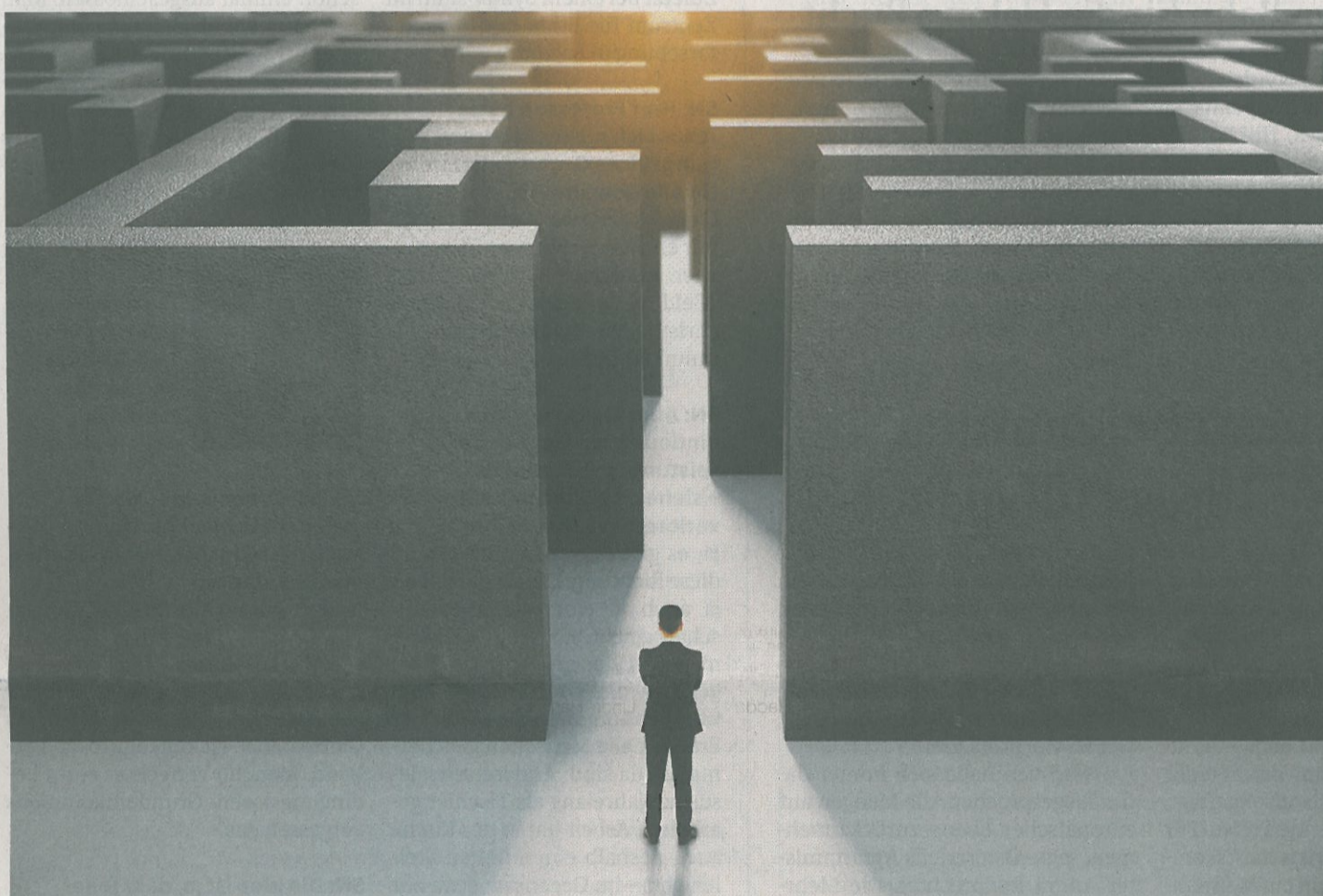
HELMUT KRETZL

WIEN. Der Ökonom Andreas Wörgötter war Wirtschaftsforscher beim Institut für Höhere Studien (IHS), bevor er zur OECD wechselte, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Als Leiter der Abteilung Länderberichte analysierte er laufend die wirtschaftliche Entwicklung diverser Länder, darunter auch Österreich. Als Pensionist verknüpft er heute beide Tätigkeiten und bringt seine Einsichten provokant auf den Punkt, wie am gestrigen Montag in der Agenda Austria.

Wörgötter vertritt die These, Österreich habe seine international durchaus beachtliche wirtschaftliche Stellung nur zum Teil aus eigener Leistung erreicht. Rund die Hälfte davon sei dem Land gleichsam von außen zugefallen. „Österreich hat von der Abfolge positiver Impulse aus dem Ausland profitiert“, meint der Ökonom.

Das habe nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen mit den als „Marshallplan“ bezeichneten Wirtschaftshilfen aus den USA, von denen keine anderen Länder so viel profitiert hätten wie Griechenland und Österreich, sagt Wörgötter. Ähnliche, von außen kommende Impulse hätten in der Folge der Wegfall der Berliner Mauer gebracht, die vertiefende EU-Integration und die EU-Osterweiterung. Wörgötter zitiert eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo, wonach Österreich rund die Hälfte seines langjährigen Wachstums von durchschnittlich zwei Prozent (bis zur Finanzkrise 2008) den europäischen Integrationschritten zu verdanken habe.

Heute sei es der „warme Geldregen aus Frankfurt“ in Form ultratiefer Zinsen und der geöffneten geldpolitischen Schleusen der Europäischen Zentralbank (EZB), die für ein günstiges Umfeld sorgten.



Österreichs Politik muss sich einen eigenen Weg durch das Labyrinth suchen.

BILD: SN/PESHKOV - FOTOLIA



„Es muss sich was ändern, dass es weitergeht.“

Andreas Wörgötter, OECD-Ökonom

Dieser Befund legt den Umkehrschluss nahe, dass es keineswegs erfolgreiche Effekte richtiger wirtschaftspolitischer Entscheidungen oder eines vorausschauenden Bildungssystems waren, die Österreich dorthin gebracht haben, wo es heute steht – ganz im Gegenteil.

Denn vieles laufe schief am heimischen Wirtschaftsstandort, meint Wörgötter. So sei Österreich das einzige Land der Welt mit 30

unterschiedlichen Krankenversicherungsträgern ohne Wahlmöglichkeit. Im Steuersystem gebe es die höchste Besteuerung bei den niedrigsten Einkommen, genau dort, wo die betroffenen Bürger kaum Wahlmöglichkeiten haben.

In Summe waren es wohl solche Faktoren, die jetzt auch die Ratingagentur Moody's dazu bewogen, Österreichs Bonität von der Bestnote AAA um eine Stufe auf Aa1 zu senken. Denn „Österreich hat im Verhältnis zu seinem Wachstum einfach zu hohe Schulden“, sagt Wörgötter. Die beiden anderen großen Ratingagenturen – Standard & Poor's (S&P) und Fitch – entzogen Österreich schon vor Jahren die Bestnote. Dieser Befund führt

Wörgötter zur Schlussfolgerung, „dass sich etwas ändern muss, damit es so weitergeht“ – auch weil zu erwarten ist, dass der warme Regen von oben einmal versiegen könnte.

Was das konkret heißt? „Die Politik muss Reformen konzipieren und zielgerichtet durchführen.“ Ganz oben steht eine Schlankheitskur für den Staat, wo etwa Parteienförderung, Politikergehälter oder Rundfunk abgespeckt werden müssten.

Für mehr Kostentransparenz könnte auch eine Reform des Sozialversicherungssystems nach dänischem Modell sorgen: So gebe es in Dänemark keine eigene Sozialversicherung, sondern SV-Leistungen würden dort aus dem allgemeinen Steuertopf finanziert. Die Aufwen-

dungen dafür würden dort über höhere Konsumsteuern etwa bei Autos finanziert. Denkbar wären unter einer solchen Prämisse auch Vermögenssteuern, meint Wörgötter – sofern das im Rahmen einer Steuerstrukturreform geschehe. Dabei müsste aber die Steuerlast auf Arbeitseinkommen und kleine Unternehmen gesenkt werden. Weitere Forderungen von Bundeskanzler Christian Kern bewertet Wörgötter differenziert: Arbeitszeitverkürzungen könnte es individuell geben, aber nicht als Paket für alle. Und über eine Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“) könnte man allenfalls die bisherige Sozialversicherung ersetzen – nach dem angeführten dänischen Modell.

ÖAMTC rät von Klage gegen VW ab

Erste Verbrauchstests nach der Umrüstung wegen des Abgasskandals.

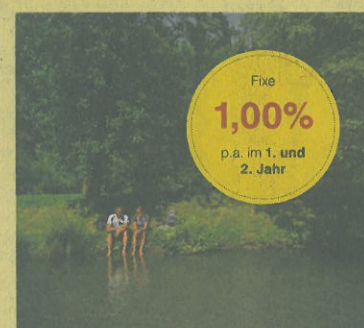
WIEN, BERLIN. Der Autofahrerclub ÖAMTC veröffentlichte am Montag Ergebnisse der ersten Nachprüfungen von Autos aus dem Volkswagen-Konzern, die wegen des Abgasskandals um manipulierte Dieselmotoren nachgebessert worden waren. Das Fazit lautet: „Die neue Software funktioniert. Der Ausstoß an

sei der NO_x-Ausstoß sogar deutlich zurückgegangen. Der Spritverbrauch, die Leistung und das Fahrverhalten der Fahrzeuge (drei Audi A4 und ein VW Golf) seien unverändert geblieben. Gegenüber dem angegebenen Normverbrauch sei im Schnitt um elf Prozent mehr Diesel verbraucht worden.

ÖAMTC mit den Partnerclubs ADAC sowie TCS in Deutschland und der Schweiz durchgeführt.

In Deutschland erklärte das Umweltbundesamt, sein eigenes Messprogramm für den Schadstoffausstoß von Dieselfahrzeugen im realen Fahrbetrieb stehe nun kurz vor der Ausschreibung. IIRA-Präsident

Kontaktlos zahlen mit Karte oder Handy.
meinbanking.raiffeisen.at



Salzburger
Sommerzins-Anleihe
2016-2023

- Fixe 1,00 % p.a. im 1. und 2. Jahr
- 0,50 % p.a. Mindestkupon
- Partizipation bis 3,00 % p.a. möglich
- Ihr gewinnbringendes Investment zur Stärkung der Salzburger Region

Marketingmitteilung des Raiffeisenverbandes Salzburg eGen. Es handelt sich nicht um ein Angebot oder eine Empfehlung zum Abschluss von Finanzinstrumenten. Jede Kapitalver-